

Stimme der Freiheit

Mitteilungen für Mitglieder und Freunde der Freien Bürger Union

Nr. 2/11

Juni 2011

12. Jahrgang

Das Lesen der *Stimme der Freiheit* schädigt die Unwissenheit,
gefährdet die Nachtruhe und fördert das Nachdenken.

Weltweit schwächeln die Währungen

Pleite-Geier USA: Für den Fall eines Verfalls des US-Dollars hat der US-Bundesstaat Utah Gold und Silber als gesetzliches Zahlungsmittel zugelassen (Preußische Allgemeine Zeitung vom 02.04.2011).

„Aus fiskalischer Sicht sind die Volkswirtschaften in einer Situation, als ob sie gerade den dritten Weltkrieg überstanden hätten“, beschreiben die Volkswirte der Investmentbank Morgan Stanley den Ernst der Lage.

Auch Japan wankt. Japan hat einen Schuldenberg von über 8.000 Milliarden Dollar angehäuft und muß trotz extrem niedriger Zinssätze von einem bis zwei Prozent bereits 20 Prozent seiner Staatseinnahmen für den Zinsendienst ausgeben (Deutschland z. B. sechs Prozent). Da die Sparbereitschaft der Japaner rückläufig ist, die japanische Regierung aber seit Jahrzehnten unfähig ist, den Staatshaushalt zu konsolidieren, wird die japanische Regierung bald höhere Zinsen (auch für den Wiederaufbau nach Flutwelle und Atomkatastrophe) bezahlen müssen, um sich weiterhin verschulden zu können. Schnell könnte dann für Zinszahlungen fast der gesamte Staatshaushalt draufgehen. Während in England bereits heute im Durchschnitt jeder Brite mit dem eineinhalbfachen seines Jahresgehaltes verschuldet ist, ist neben Griechenland, Irland, Island, Italien, Portugal und Spanien und den USA mit Japan eine weitere tickende Zeitbombe hinzugekommen.

Allein in den vergangenen 200 Jahren hat Deutschland acht(!) Pleiten erlebt. Wie viele noch? Übrigens: Der erste dokumentierte Bankrott einer Regierung ereignete sich bereits im vierten Jahrhundert vor Christus. Schon damals waren *griechische(!)* Stadtstaaten unfähig, Gelder, die ihnen ein Tempel geliehen hatte, zurückzuzahlen. Offenbar hat sich bis heute nichts geändert. P.R.

Deutschland weiter im Würgegriff des Euro

Professor Hans-Werner Sinn vom Ifo-Institut hat in der „Wirtschaftswoche“ die Verstrickung der Deutschen Bundesbank aufgezeigt. Die Bundesbank soll über 320 Milliarden Euro als Kredite an andere Zentralbanken vergeben haben. So werden wir sogar noch in der aktuellen Währungskrise von unserer Regierung belogen und betrogen. Es ist nicht Aufgabe der Bundesbank, sondern laut Grundgesetz sogar verboten, der Alimentierung fremder Staatshaushalte auf Kosten der deutschen Bürger Vorschub zu leisten.

Belogen und betrogen wurden wir schon unter Kanzler Kohl. Auf Drängen Frankreichs, dass die DM für stärker als seine Atomwaffen hielt, meinte er, für die Wiedervereinigung die DM opfern zu müssen mit dem Totschlagargument, der Euro sei „eine Frage von Krieg und Frieden in Europa“. Denn mit dem Vertrag von Maastricht 1992 wurde Deutschland zur Plünderung freigegeben. Französische Pressestimmen kommentierten das Maastricht-Abkommen dann auch mit den Worten: „Maastricht ist ein zweites Versailles ohne Krieg“.

Und wie recht sie behalten haben! Nie hat man den deutschen Steuerzahler mehr gedrückt, noch nie sprudelten die deutschen Steuerquellen so kräftig. Und trotzdem: Noch nie waren unsere Straßen und öffentlichen Gebäude so marode, die Staatsschulden so hoch, die Kaufkraft der Menschen gegenüber den Gewinnen der Wirtschaft so heruntergekommen und das ganze Land so vergammelt wie heute.

Deutschland ist das einzige (!) Euro-Land, in dem die Reallöhne seit Abschaffung der DM gesunken sind!!! Schon im Frühjahr 2009 mahnte der Soziologe Prof. Dr. Roland Czada (Universität Osnabrück), daß das Volkseinkommen in der Bundesrepublik kontinuierlich schrumpfe. Die Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer in Deutschland von 1970 bis heute zeige unser Land *als absolutes Schlußlicht*. Dazu der Schweizer Wirtschaftsexperte Werner Vontobel: „In Deutschland sind die realen Lohneinkommen der ärmeren Hälfte der Haushalte

von 1991 bis 2007 um 14 Prozent, das der ärmsten Viertel gar um 26 Prozent geschrumpft. Das Nettoeinkommen nach Steuern und Arbeitslosengeld des Durchschnittshaushalts ist von 2000 bis 2007 um 1,2 Prozent gesunken. In Frankreich ist es von 1998 bis 2008 um 16 Prozent gestiegen.“ (Blick am Abend, 9.2.2011). Und die Löhne bei den Fachkräften sinken, weil es in Wahrheit gar keinen Fachkräftemangel gibt. Ein Fachkräftemangel würde sich in steigenden Löhnen widerspiegeln. (Das Parlament, Nr. 4, 2011).

Laut der Gewerkschaft Verdi war die Lohn- und Gehaltsentwicklung in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt extrem schlecht. Je Beschäftigtem sanken die preisbereinigten Bruttolöhne von 2000 bis 2008 um 3,7 Prozent. Die Nettolöhne sanken ebenso stark. Die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in Deutschland verlief nicht etwa besser, sondern sogar deutlich schlechter als in den anderen vergleichbaren Ländern (Wirtschaftspolitische Informationen Nr. 2, Sept. 2010). Und das haben wir nicht nur dem Euro zu verdanken, sondern zuerst einer verfehlten Wirtschaftspolitik der Förderung der Konzerne zulasten der mittelständischen Wirtschaft unter den Grünen und den Roten. Und die Christdemokraten versäumten es wie so oft, den Kurs zu korrigieren.

Laut dem Ex-Wirtschaftskapitän der Thyssen AG, Dieter Spethmann, mussten die Deutschen Bürger seit Einführung des Euro 1.542 Milliarden Euro zahlen und es haftet laut Prof. Hans-Werner Sinn (Uni München) für noch einmal 391 Milliarden Euro aufgrund der derzeitigen Hilfszusagen. Wenn die Einführung des Euro wie behauptet „eine Frage von Krieg und Frieden in Europa“ war, dann sei bitteschön auch die zynische Frage erlaubt, ob ein Krieg nicht preiswerter gewesen wäre??? Und wenn durch den Domino-Effekt Deutschland stürzt, wird sich diese Frage in neuer Aktualität stellen: Wie teuer wird ein Bürgerkrieg? Denn den Bürgen wird man würgen!

Der britische Journalist Ambrose Evans-Pitchard hat die Abhängigkeit des Euro von der nie enden dürfenden Zahlungsbereitschaft des deutschen Michel auf den Punkt gebracht: „Der Euro lebt oder stirbt mit der Duldung (oder Dummheit, die Redaktion) der Deutschen.“

Die FBU rät: Es kann nur zwei Lösungen geben: Entweder Austritt der Bankrotteure aus der Währungsunion oder eine neue „Deutsche Mark“! Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!

Im Bulletin der Bundesregierung vom 29.04.1998 hieß es: „Jedes Land haftet allein für seine Schulden. Es wird in der Währungsunion keine zusätzlichen Finanztransfers geben“ (Finanzminister Dr. Waigel). Ein Lügner und Betrüger?

Denn jetzt läßt unsere Kanzlerin die Katze aus dem Sack. Deutschland darf für alle haften. Nach Griechenland – und dieses „Spiel“ ist noch lange nicht zu Ende – bekommt nun auch Portugal unser schwer verdientes Geld hinten rein geblasen.

Wir haben es satt, daß verantwortungslose Politiker die Erträge unserer Arbeitskraft dem eigenen Volk verweigern, wir haben es satt, daß sie Milliarden und Abermilliarden deutschen Geldes in alle Welt verballern, wo es nicht selten sinnlos verbrannt wird. Daß sie die materiellen Grundlagen unserer Kinder in einem Ausmaß vernichten, als ob gerade der dritte Weltkrieg beendet wurde, das hat es in Friedenszeiten noch nie gegeben!

Und alle diese Milliarden heizen die Inflation im Euro-Raum an. Die Dummen sind dann wieder einmal die grundsoliden Deutschen, denen ihre Ersparnisse und ihre Altersvorsorge durch die Inflation entwertet werden. Und da hilft auch nicht die Anlage in Staatsanleihen, denn infolge der kranken werden auch die „gesunden“ Staaten von der Währungskrise herabgezogen werden. Wirtschaftswissenschaftler und Börsenmanager sprechen deshalb schon von der „Idioten-Rallye“, denn während die institutionellen Anleger die Staatsanleihen in ihren Depots zurückführen, kaufen sich die Kleinanleger ein, geblendet von guten Zinsen und angeblicher Sicherheit. --- Der frühere Leiter der Währungsabteilung im Bundeswirtschaftsministerium, Prof. Wilhelm Hankel: „Der Rettungsschirm rettet weder den Euro noch die Bankrottstaaten vor den Folgen ihrer Mißwirtschaft. ... Eines läßt sich jetzt nicht mehr gebetsmühlenhaft behaupten: Deutschland profitiere vom Euro. Jetzt sieht jeder, daß und wie er Deutschland ruiniert: Wie ein Ertrinkender, der den Retter in die Tiefe reißt.“ - Wohl, damit gerade dies eben nicht jeder sieht, empfiehlt der Chef der Euro-Gruppe, Jean Claude Juncker (laut Focus): „Nichts sollte in der Öffentlichkeit geschehen. Wir sollten in der Euro-Gruppe im Geheimen diskutieren. Die Dinge müssen geheim und im Dunkeln getan werden. Wenn es ernst wird, müssen wir lügen.“

In grenzenloser Selbstherrlichkeit verhalten sich unsere europäischen Politiker wie „Führer“ und Diktatoren, verachten die Demokratie und verraten ihre Völker!

„Unsere Gesellschaft wird von Verrückten geführt, für verrückte Ziele. Ich glaube, wir werden von Wahnsinnigen gelenkt, zu einem wahnsinnigen Ende, und ich glaube, ich werde als Wahnsinniger eingesperrt, weil ich das sage. Das ist das Wahnsinnige daran.“ (John Lennon)

Die FBU rät: Gold kaufen, solange es noch annähernd erschwinglich ist.

P.R.

Das Märchen von der Integration III

Endlich scheint auch dem Bundesfinanzminister a. D., Peer Steinbrück (SPD), lt. WAZ vom 16.11.2010 ein Licht aufgegangen zu sein: „Wir haben es zugelassen, daß Millionen Menschen geringer Qualifikation direkt in die Sozialsysteme einwanderten und vom Staat - also der Solidargemeinschaft - unterstützt wurden. Zuwanderer mit vielen Kindern können - ebenso wie Deutsche - über Sozialleistungen ein Familieneinkommen erzielen, das nahe oder sogar über dem Erwerbseinkommen eines arbeitenden Bürgers liegt.“ Dies schaffe eine „gefährliche Schieflage“. Manche Zuwanderer könnten sogar Geld an Angehörige in der Heimat überweisen: „Das sind Fehlanreize, die sich Länder wie Kanada oder Australien nicht leisten. Einwanderungsländer wie Kanada und Australien wählen sehr gezielt und ohne schlechtes Gewissen nach Qualität aus.“

Alles Rassisten, oder was?

Die FBU kann Peer Steinbrück nur zustimmen, jedoch sind wir gezwungen, statt eigener Aussagen Zitate zu bringen, weil gemäß einem rechtskräftigen Urteil des Verwaltungsgerichts Hamburg vom 13.12.2007 (8 K 348306) solche bzw. ähnliche Aussagen „Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung entfalten“, weil sie darauf hindeuten, „daß Ausländer pauschal für wirtschaftliche Probleme verantwortlich gemacht und so Ängste vor Überfremdung geschürt werden sollen.“ --- So traurig ist die Rechtslage im angeblich freiesten Rechtsstaat der Welt, so frei, daß wir uns mit unserer Berichterstattung schon wie in einem unfreien Land verbiegen müssen! Hoffentlich wird Peer Steinbrück für seine Offenheit nicht doch noch abgestraft, denn dann erwischt es auch unser Blättchen.

Dabei ist das Thema keineswegs neu, wie uns der Aufschrei aller Schmarotzer staatlicher Gelder aus der Asyl-Branche glauben machen will. Schon der „rassistische“ Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) hatte in seiner Regierungserklärung vom 18.01.1973 geraten: „Es ist aber notwendig geworden, daß wir sehr sorgsam überlegen, wo die Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft erschöpft ist und wo soziale Vernunft und Verantwortung Halt gebieten.“ Und Heinz Kühn, der „rassistische“ Ausländerbeauftragte der SPD stellte in der Zeitschrift „Quick“ vom 15.01.1981 klar: „Unsere Möglichkeiten, Ausländer aufzunehmen, sind erschöpft ... Übersteigt der Ausländeranteil die Zehn-Prozent-Marke, dann wird jedes Volk rebellisch.“

Ergänzend fügte der „Rassist“, Bundeskanzler Helmut Schmidt, auf einer DGB-Veranstaltung in Hamburg im November 1981 hinzu: „Wir können nicht mehr Ausländer verdauen; das gibt Mord und Totschlag“, um dann noch in „Die Zeit“ vom 05.02.1982 hinzuzufügen: **„Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze“**. Auch sein Parteigenosse Martin Neuffer warnte: „Es besteht wenig Aussicht, daß die Integrationsbemühungen der Bundesrepublik jemals dazu führen, daß die Türken Deutsche werden. Es muß damit gerechnet werden, daß die Integrationschancen mit den zunehmenden Massen von türkischer Bevölkerung weiter absinken. Je mehr Türken hier leben, umso geringer ist die Aussicht, daß es zu einer echten Einbürgerung kommt. Auf die Bildung von Wohnungsschwerpunkten der Ausländer folgt die Verdrängung der deutschen Bevölkerung aus ihren Stadtteilen.“

Und auch der „Rassist“ und Fraktionschef der CDU, Alfred Dregger, stimmte dem zu. Auf einer Ausländer-Tagung seiner Partei am 21.10.1982 erklärte er: „Die Rückkehr der Ausländer in ihre Heimat darf nicht die Ausnahme, sondern muß die Regel sein. Er ist nicht unmoralisch, zu fordern, daß der uns verbliebene Rest Deutschlands in erster Linie den Deutschen vorbehalten bleibt.“ Was für ein Glück für Herrn Dregger, daß er nicht der NPD angehörte! Ins gleiche Horn blies 1982 der spätere Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU): „Es ist wahr, daß wir die jetzige Zahl der Türken in der Bundesrepublik nicht halten können, daß das unser Sozialsystem nicht hergibt. Wir müssen jetzt sehr rasch vernünftige Schritte einleiten, um hier eine Rückführung zu ermöglichen.“ Und sogar der nicht weniger „rassistische“ Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) erklärte im Deutschen Bundestag, wiedergegeben am 27.10.1984 in „Das Parlament“: „Wir sind kein Einwanderungsland. Wir können es nach unserer prozentualen Größe und wir können es wegen unserer dichten Besiedlung nicht sein. Deshalb geht es darum, ... zu einer Verminderung der Ausländerzahlen zu kommen.“

Und auch Altbundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) meldete sich in der „Frankfurter Rundschau“ vom 12.09.1992 noch einmal zu Wort: „Man kann aus Deutschland mit immerhin einer tausend-jährigen Geschichte seit Otto I. nicht nachträglich einen Schmelztiegel machen. Weder aus Frankreich, noch aus England, noch aus Deutschland dürfen sie Einwanderungsländer machen. Das ertragen diese Gesellschaften nicht ... Aus Deutschland ein Einwandererland zu machen ist absurd ...“

Auch den Worten des damaligen bayerischen Innenministers Günther Beckstein können wir heute nur noch zustimmen, als er zum Thema Einwanderung bemerkte, daß „weniger kommen sollen, die uns ausnützen, und mehr, die uns nützen.“ Gerade heute, vor dem Hintergrund abwandernder Fachkräfte und bildungsferner Einwanderer sind auch Jürgen Rüttgers (CDU) Worte wieder brandaktuell: „Kinder statt Inder!“

Ja, gute Sprüche haben sie alle drauf, auf die Taten warten wir heute noch!

Und da schließt sich der Bogen zu Dr. Thilo Sarrazin, dem letzten(?) SPD-„Rassisten“: „Es ist das Recht eines jeden Staates und einer jeden Gesellschaft, selbst zu entscheiden, wen sie in ihr Staatsgebiet und in ihre Gesellschaft aufnehmen wollen, und sie haben das Recht, dabei auf Wahrung der Kultur und der Tradition ihres Landes zu achten.“

Und Frau Merkel? Sie erklärt das Buch von Sarrazin für „nicht hilfreich“. Das erinnert an Merkels DDR. Müssen Bücher und Meinungen „hilfreich“ sein? Werden sie sonst verboten? Dabei haben die ehrlichen Ansichten in Sarrazins Buch sogar das Ansehen Deutschlands gefestigt. Laut einer britischen Studie stieg das Ansehen unseres Landes in der Türkei von 30 Prozent in 2010 auf 53 Prozent Anfang 2011 steil an.

„Manchmal habe ich den Eindruck, wir sind auf dem Weg in die Duckmäuser-Republik.“ (Dr. Thilo Sarrazin lt. *Welt am Sonntag*, 31.10.2010). Vielleicht sind wir dort auch schon angekommen, denn der Staat hat es offenbar aufgegeben, gegenüber den Fremden kraftvoll für Werte wie Meinungsfreiheit, Gewaltverzicht und Demokratie einzutreten. Mittlerweile leben rund 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, was etwa 20 Prozent der Bevölkerung entspricht und höchste Gefahr für den friedlichen Fortbestand unseres Gemeinwesens bedeutet.

Im Gegensatz zu Deutschland hat Frankreich schon gehandelt und eine Geheimarmee mit rund 10.000 Soldaten aufgestellt, die nach einem Bericht der Zeitung „Les Echos“ darauf vorbereitet werden, im Einsatzfall außer Kontrolle geratene Einwandererzonen im eigenen Land zurückzuerobern! Auch dürfen in Frankreich Neubaugebiete nur noch dann angelegt werden, wenn Armeevertreter die Pläne gesichtet und ihre Zustimmung gegeben haben, siehe auch „Vertrauliche Mitteilungen“ vom 2. Nov. 2010. Wann endlich handelt Deutschland? P.R.

Aus der Arbeit der FBU – LV Saar:

Nachschau Aschermittwoch und Korso-Fahrt am 1. Mai

Der Aschermittwoch in St. Ingbert war bis auf den vorletzten Platz besucht. Im nächsten Jahr müssen wir wohl einen größeren Saal nehmen. Fünf Referenten sorgten für einen stimmungsgeladenen Abend. Neben aktuellen landes- und bundespolitischen Themen wurde in einem rundum gelungenen lustigen Vortrag auch der zukünftige Auf- und Ausbau unserer Wählergemeinschaft unter dem der Zukunft zugewandten Namen „Besäufnis 90-Die Blauen“ dargestellt. Ein anderer „Referent“ stellte unsere FBU im Jahre 2027 vor, natürlich als Regierungspartei von Österland-Deutschreich mit Wien als alter neuer Hauptstadt.

Begleitet von zünftiger Musik endete das gemütliche Treffen mit einem kostenlosen Heringsessen, Schnittchen und Brezeln.

Am 1. Mai fand unsere Korso-Fahrt durch Völklingen statt. Unsere mit Deutschland-Fähnchen und Plakaten geschmückten Pkw erregten großes Aufsehen. Die Wahl fiel auf Völklingen, weil dort die FBU gemessen an der Einwohnerzahl die meisten Mitglieder hat. Der Kreisvorsitzende von Völklingen ist guter Hoffnung, daß die FBU bei den nächsten Kommunalwahlen in den Stadtrat einzieht.

Anschließend lud der Kreisvorsitzende von Saarlouis, Reinhold Rupp, alle Teilnehmer zum Kaffee nach Frankreich an den Creutzwalder See ein. Auf die Franzosen mussten unsere mit schwarz-rot-goldenen Fahnen geschmückten Fahrzeuge allerdings wie ein „deutscher Überfall“ gewirkt haben. Wir wurden aber vom französischen Volk freundlich begrüßt.

Termine, hier unsere Bürger-Treffen (für Mitglieder, Freunde und Gäste)

- Kreisverband Völklingen: Jeweils der **1. Dienstag im Monat** im Hacienda Grill, außer feiertags, 19.30, Köllner Str. 1, Püttlingen, Kontakt: E. Kirsch, Tel. 0177-2153613
- Landesverband: **Dienstag, den 19.07.2011, Hotel Sassenberger**, Kaiserstr. 99, SB-Scheidt, und am **Dienstag, dem 30.08.11**, jeweils um 19 Uhr, Tel. 0681-814719. Parkplätze hinterm Haus. Gäste sind herzlich willkommen, Landesvors. G. Gabriel, Tel. 0175-4479344.
- Kreisverband Saarlouis: **jeder 1. Montag im Monat**, 19 Uhr im Café Stormwind, Saarlouiser Str. 4 in Ensdorf, Tel. 06831-5121, Ansprechpartner: Reinhold Rupp, Tel. 0175-3428196.

In eigener Sache:

- Stimme der Freiheit -

Immer wieder erhalten wir Rückmeldungen, wir sollten unsere *Stimme der Freiheit* unbedingt bekannter machen. Ja, wie denn, liebe Freunde?

Natürlich machen wir uns darüber schon länger Gedanken. Deshalb haben wir aktuell den nachfolgenden „Kleinen Meldezettel“ entworfen. Bitte helfen Sie mit, unserer Zeitung einen größeren Leserkreis zu erschließen.

Bitte teilen Sie uns mit, wem wir Ihrer Meinung nach unsere Zeitung (kostenlos) zusenden sollen.

„Kleiner Meldezettel“

für den kostenlosen Bezug der *Stimme der Freiheit*. Bitte faxen Sie mich an 06898-6940655 oder senden Sie mich an meinen Chefredakteur Reinhold Rupp, Großstr. 3, 66740 Saarlouis.

Schicken Sie die *Stimme der Freiheit* künftig bitte kostenlos und unverbindlich auch an meine Freunde und Bekannten als neue Gastleser:

1. Name: _____ Ort: _____

Straße: _____

2. Name: _____ Ort: _____

Straße: _____

3. Name: _____ Ort: _____

Straße: _____

4. Name: _____ Ort: _____

Straße: _____

5. Name: _____ Ort: _____

Straße: _____

Vielen herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!